

**Deutscher  
Gewerkschaftsbund**

**Claus Matecki**

Bundesminister der Finanzen  
Herrn Dr. Wolfgang Schäuble  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin

**Mitglied des  
Geschäftsführenden  
Bundesvorstandes**

Hausanschrift:  
Henriette-Herz-Platz 2  
10178 Berlin

Postanschrift:  
Postfach 11 03 72  
10833 Berlin

Telefon: 030/24060-**298/299**  
Telefax: 030-24060-240

Berlin, 13. April 2010

***Finanztransaktionssteuer  
Europäische Kommission – Commission Staff Working Document  
SEC (2010) 409 final – Innovative financing at global level***

Sehr geehrter Herr Bundesminister Schäuble,

im Hinblick auf das bevorstehenden EU-Finanzministertreffen Ende dieser Woche in Madrid möchte ich Sie dringend bitten, die Einführung einer Europäischen Finanztransaktionssteuer mit auf die Agenda zu setzen und für diese zu werben. Nur eine Finanztransaktionssteuer besitzt die Vorteile der sogenannten „doppelten Dividende“: staatliche Einnahmen in relevanter Höhe zu erzielen und eine zielgerichtete Regulierung der hochspekulativen Teile des Finanzmarktes zu erreichen.

Gerne möchte ich die Gelegenheit nutzen, Sie nicht nur auf die Argumente in der DGB-Broschüre hinzuweisen, die ich Ihnen in der Anlage nochmals überreichen möchte, sondern auch auf einige Punkte einzugehen, die der Arbeitsstab der Europäischen Kommission in seinem oben genannten Bericht kritisch gegen eine Finanztransaktionssteuer eingewandt hat und die aus meiner Sicht haltlos sind.

**Ausweichreaktionen:** Die Einbeziehung von praktisch allen Finanztransaktionen in die Steuerpflicht verhindert genau die im Bericht angesprochenen Ausweichreaktionen von besteuerten hin zu nicht besteuerten Teilmärkten. Es soll und darf entsprechend keine Trennung zwischen besteuerten und unbesteuerten Produkten geben. Dieses Fazit basiert nicht zuletzt auch auf Erfahrungen aus

mehreren Jahren Abgrenzungsschwierigkeiten und Ausweichreaktionen im Bereich der Kapitalertragsbesteuerung auf europäischer Ebene im Rahmen der Zins-Richtlinie.

**Hauptadressaten:** Die Finanztransaktionsteuer würde speziell hoch riskante Finanzinstrumente mit hohem Leverage-Effekt treffen, die primär für spekulative Zwecke verwendet werden. Realwirtschaftlich motivierte Finanztransaktionen, z. B. die Beschaffung von Devisen zur Finanzierung von Direktinvestitionen oder langfristig orientierte Finanzinvestitionen privater Haushalte (z. B. der Kauf von Aktien) würden von der Finanztransaktionsteuer kaum beeinträchtigt. Auch die technische und administrative Umsetzbarkeit einer Finanztransaktionsteuer sollte in Zeiten des elektronischen Handels und der Verwendung von standardisierten und hoch zentralisierten Handelssystemen gegeben sein, sodass Befürchtungen hoher Befolgungskosten überzogen erscheinen.

**Stabilität und Effizienz der Preisbildung:** Entgegen der ablehnenden, lediglich anhand experimenteller Studien begründeten Skepsis, die im Bericht formuliert wird, gehen wir anhand empirischer Schlaglichter davon aus, dass ein Rückgang der Volatilität bei den Preisen der Vermögenswerte Ergebnis der Einführung einer Finanztransaktionsteuer sein würde. Bei den weniger spekulativen Geschäften wäre eine größere Stabilität der Aktivapreise die Folge, die der realwirtschaftlichen Entwicklung eher entsprechen würden. Geringere Preisschwankungen und eine genauere Entsprechung realer Vorgänge können als weiteres Kriterium für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit verstanden werden.

Die im Bericht indirekt unterstellte Effizienz des bisherigen Finanzsystems ist aus meiner Sicht dagegen nicht haltbar. Im Jahre 2007, am Vorabend der Krise, erwirtschaftete die Finanzbranche - deren Hauptaufgabe die Unterstützung der Realwirtschaft ist - 40% aller Unternehmensgewinne in den Vereinigten Staaten. Ihr Anteil am BIP betrug zur selben Zeit 7%. Wenn 40% der Gewinne auf die Finanzbranche entfallen, so hat sie sich entschieden von ihrer Aufgabe als Finanzintermediär entfernt. Im Übrigen führt diese Entwicklung zu Fehlallokationen zu Lasten der Realwirtschaft. In dieser Hinsicht war und ist der Finanzsektor nicht effizient.

Insgesamt ignoriert der Bericht die Zusammenhänge zwischen kurzfristigen Spekulationen, langfristigen Trends und Transaktionsdynamiken und deren destabilisierende Wirkung auf die Finanzmärkte. Nur so ist auch zu erklären, warum der Bericht die Bankenabgabe bevorzugt und nicht als ein Instrument bewertet, das – bei all unserer Kritik im Konkreten - für sich steht und neben einer Finanztransaktionsteuer sinnvoll einzuführen ist.

In der Hoffnung, dass Sie zu einer erneuten Versachlichung der europäischen Diskussion pro Finanztransaktionsteuer in Madrid beitragen werden und den Prozess in diesem Sinne in und für Europa beschleunigen, verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Anlage